

GRÜNES BÜNDNIS
Neustadtstrasse 34
Postfach 31
6000 Luzern 4

RundBrief
5/2005

Zeitschrift
für Mitglieder
und Interessierte



Für eine aktive Energiepolitik des Kantons Luzern

Klare Zielvorgaben sind nötig

Schwerpunkt	3	Kanton	8
Die Energiepolitik steckt in einer Sackgasse. Grüne Lösungswege.		«Reform 06»: Ein neuer Tiefpunkt in der Sparpolitik ist erreicht!	
Abstimmung	6	Stadt	Einlageblatt
Sonntagsarbeit und Gentechfrei-Initiative die Abstimmungen vom 27. Nov. 2005.		Luzern – zum Leben gern! Ein Bekenntnis zur Qualität.	

Sie machen aus dem Staat Gurkensalat

Rosa Rumi, Co-Präsidentin GB, Alberswil

Das Reformprojekt 06, das die Luzerner Regierung lanciert hat, beschert uns einen inakzeptablen Leistungs- und Personalabbau. Mit der Schliessung der Kanti Beromünster, des Spitals Wolhusen und der Trennung vom Natur-Museum in Luzern, um die schwersten Brocken zu nennen, folgt die Regierung beharrlich der finanzpolitischen Logik der letzten Jahre. *Finanz-* statt Leistungsprimat lautet die Devise. Mit dieser Politik werden negative Trends im Kanton akzentuiert, die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten verstärkt, die lokale Wirtschaft und damit die Finanzkraft der ländlichen Gemeinden zunehmend geschwächt. Zudem ist der Staat zu einem Arbeitgeber geworden, der selber verunsichert, statt seinem Personal ein verlässlicher Sozialpartner zu sein.

Unsere Regierung, gestützt im Grossen Rat durch die geschlossene Phalanx der CVP, FDP und SVP, macht unseren Staat auf diese Weise Scheibe für Scheibe zu G... Auf ungeahnte Art wird der Slogan aus den Achtzigerjahren von den so genannten

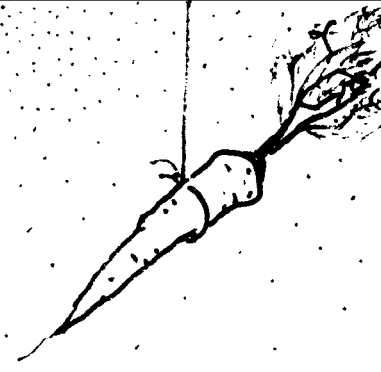
Hütern des Staates zielstrebig in die Realität umgesetzt.

Wir Grünen haben andere Konzepte für die Zukunft. Das Energiepapier der Grünen Schweiz skizziert eine Energiezukunft, welche die Kosten an der Umwelt möglichst gering hält. Peter Schlauffer stellt uns dieses Papier auf der folgenden Seite vor.

Im Kanton lancieren wir Grünen demnächst eine Energieinitiative, die uns energiepolitisch einen Schritt in die richtige Richtung tun lässt: Wir fordern darin, dass im Kanton die erneuerbaren Energien gefördert werden. Michael Töngi stellt uns diese Initiative auf Seite 4 und 5 vor.

Die städtischen Grünen präsentieren unter dem Titel «Luzern – zum Leben gern!» ihre Perspektiven für eine zukunftstaugliche und lebenswerte Stadt (farbiges Innenblatt). Deren Umsetzung brächten uns im Städteranking möglicherweise weiter als ein paar Steuerzehntel.

Diese und andere Projekte beschäftigen uns zurzeit. Wir bleiben dran!


saisonales, **biologisches**
Gemüse
finden Sie
immer **Dienstags** und **Samstags**
am Wochenmarkt in Luzern
am-Stand.
Erraten Sie es wohl!?

Mark Willmann, Tringen



Die Idee
von Ihnen
Das Holz
aus der Region
Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83



PATRICK STEINER
PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

LUZERNERSTR. 33C
6010 KRIENS
TEL. 079 650 79 42

Grundlagenpapier Energie der Grünen Schweiz

Die Grünen geben Gas

Peter Schlauffer, Arbeitsgruppe Energie und nationaler Delegierter, Luzern

Bis zum Jahr 2050 die gesamte Energieversorgung zu 100 % aus erneuerbaren Energien! Das ist die Forderung der Grünen Partei der Schweiz. In einem Grundlagenpapier liefert sie gleich die konkreten Rezepte. Das Ziel soll durch Einsparungen und durch eine Umstellung der Restenergie auf erneuerbare Energiequellen erreicht werden. In Zeiten, wo sich andere Parteien wegen des «hohen» Ölpreises für die Erstickung der CO₂-Abgabe stark machen, sind das neue Töne.

Die Ausgangslage ist wenig erfreulich und wird charakterisiert durch die Stichworte Atomstrom, fossile Energieträger und Verschleiss. Für die BürgerInnen gibt es weder einen Anreiz noch die Pflicht, ihren Energieverbrauch zu senken. Folgerichtig befinden wir SchweizerInnen uns in der Topklasse; ganze 6'000 Watt «leistet» jeder Schweizer 24 Stunden am Tag und erreicht so den enormen Verbrauch von 51'000 kWh – viel zu viel. Um nachhaltig zu sein, müssen wir hin zur 2'000-Watt-Gesellschaft. Ein Begriff, der neuerdings sogar von bürgerlichen PolitikerInnen verwendet wird. Dieses Ziel zu erreichen ist weder utopisch noch geht es auf Kosten der Lebensqualität.

Strom ohne Atom

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein Muss – aus ökonomischen Gründen und wegen der Sicherheit. Die aktuelle Politik hat sich allerdings noch nicht zu dieser Einsicht durchgerungen. Ebensovienig die «Stromisten», die sich unverblümt für ein neues AKW stark machen.

Dass der Ausstieg machbar ist, hat schon unsere Argumentation zur Initiative «Strom ohne Atom» aufgezeigt. Innerhalb von 10 Jahren könnten die 37 % Atomstrom der Schweiz eingespart und durch Wärmekraftkoppelung sowie erneuerbare Energien ersetzt werden.

Weg von den fossilen Energien

Fossile Energieträger decken in der Schweiz 70 % der Energieversorgung und verursachen den grössten Teil unseres CO₂-Ausstosses. Die Folgen der ungebremsten Aufladung unserer Atmosphäre mit Treibhausgasen haben wir diesen Sommer hautnah erlebt. Dass Erdöl

bald rar werden könnte, stellen gewiefte Experten in Abrede. Sie behaupten unablässig, die gegenwärtige Knappheit sei nur eine Frage fehlender Raffineriekapazitäten.

Die klimaschädigende fossile Energie müsste weitaus effizienter genutzt werden. Es muss nach Minergie (noch besser: Minergie P) gebaut und saniert werden. Tausende von Beispielen zeigen, was das bringt. Durch die Sanierung der bestehenden Gebäudesubstanz und der selbstverständlichen Anwendung von erneuerbaren Energien könnten zudem Zehntausende von Arbeitsplätzen im Baugewerbe entstehen.

Der Aktionsplan

- langfristige Energiestrategie (das Grundlagenpapier ist die Vision und damit die Basis für eine langfristige Strategie mit klaren Zielen)
- ökologische Steuerreform (Energie statt Arbeit besteuern)
- Förderung erneuerbarer Energien
- Energieeffizienz steigern
- Strommarkt nachhaltig gestalten (z. B. durch die sofortige Einführung der kostendeckenden Einspeisevergütung)
- Klarheit für die KonsumentInnen schaffen (klare Deklarationen mit wenigen, streng überwachten Labels)
- kein Ablasshandel mit Emissionszertifikaten (die Schweiz muss ihre Aufgaben selber lösen)

Das Grundlagenpapier wurde an der Delegiertenversammlung vom 27. August 2005 bereinigt und verabschiedet. Es ist ein notwendiges Papier, mutig und visionär, jedoch keine einfache Kost. Aber eben, einen Weg nach so vielen Jahrzehnten uneingeschränkten Machbarkeitswahns zu ändern, ist nicht einfach. Wir müssen den neuen Weg gehen, um unseren Nachkommen diese Erde zu erhalten, eine andere haben wir nicht.



Energiepolitische Initiative

Der Kanton braucht eine Zielvorgabe

Michael Töngi, Co-Präsident GB, Kriens

Der Kanton Luzern hat in den letzten Jahren sein Engagement fürs Energiesparen mehrmals heruntergeschraubt. Deshalb braucht es einen neuen Schub und klare Ziele. Das GB will diese Ziele liefern – mit einer Initiative.

Wenn es um Steuern geht, verweisen der Kanton Luzern und die bürgerlichen Parteien stets auf den schweizerischen Durchschnitt bzw. darauf, dass Luzern steuerlich schlecht dastehe. Die Konsequenz, die sie daraus ziehen: Energisches Handeln sei gefragt. Ganz anders verhalten sie sich, wenn es um das Thema Energiepolitik geht: Noch nie bei der Spitze dabei, hat sich der Kanton durch verschiedene Abbaumassnahmen vom Mittelfeld an den Schwanz der Rangliste fallen lassen – unter dem Beifall der bürgerlichen Parteien.

So holt der Kanton Luzern praktisch keine Gelder beim Bund ab – diese fliessen nur, wenn der Kanton ebenfalls Gelder spricht, in Luzern gibt es nur halb so viele Energiefachstellen wie im schweizerischen Vergleich (und sieben Mal weniger als in Genf oder Basel-Stadt), und die Vorschriften für die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung sind kaum irgendwo so large wie in unserem Kanton. Was ebenfalls nicht verwundert: Nachdem die Steuerabzüge für energetisch sinnvolle Gebäudesanierungen abgeschafft und im letzten Jahr das Förderprogramm gestrichen wurde, besteht die kantonale Ener-

giepolitik zurzeit praktisch nur noch aus dem bundesrechtlich notwendigen Vollzug.

Es hapert nicht an den Ideen

Was getan werden müsste, damit auch im Kanton Luzern weniger Energie verbraucht würde und erneuerbare Energien vermehrt zum Einsatz kämen, ist längst bekannt. Die GB-Fraktionen im Grossen Rat und in den Gemeindeparlamenten waren mit energiepolitischen Vorstössen stets am Ball. Von der Förderung der Alternativenenergien über Anreize zum besseren Isolieren bis zum vermehrten Einsatz von Holz – es hapert nicht an den Ideen, sondern an ihrer Umsetzung. Zurzeit erarbeitet der Kanton einen Planungsbericht Energie. Von diesem sind einige Impulse zu erhoffen – ebenso vom Gewerbeverband, der unter dem Titel «Luzern Energie» am Thema Energieeffizienz und erneuerbare



Die mag mich!

www.xundheit.ch

Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Energien arbeitet. Vielleicht, dass dank dieser Unterstützung der Kanton wenigstens die vorrangigsten Massnahmen ergreift, um in Sachen Energie die rote Laterne abgeben zu können. Auch wenn ein Aufschliessen ins energiepolitische Mittelfeld so noch nicht möglich und der Kanton von einer innovativen Politik weit entfernt ist – auch davon, die Energiepolitik als zentrale Aufgabe wahrzunehmen. Das Stichwort Klimaerwärmung und die Zunahme von Unwetterkatastrophen sind zwar in aller Munde, bei politischen Entscheidungen spielen sie aber immer noch kaum eine Rolle. Klimaschutz hat im Kanton Luzern keine Priorität.

Deine Hilfe ist nötig!

Eine Initiative verlangt dem GB viel ab. Ohne grossen finanziellen Aufwand ist das Sammeln von Unterschriften immer noch eine Knochenarbeit: 4'000 braucht es für eine Gesetzesinitiative, viele davon müssen auf der Strasse, im KollegInnenkreis oder sonst wo gesammelt werden. Wir brauchen HelferInnen! Melde Dich, wenn Du bereit bist, einige Unterschriften zu sammeln oder an einer Standaktion mitzumachen (Sekretariat: 041 360 79 66, lu@gruene.ch). Wir melden uns dann bei dir, sobald wir genau wissen, wann die Unterschriftensammlung beginnt.

Unsere Initiative

Deshalb will das GB jetzt aktiv werden. Eine Initiative soll dem Kanton Beine machen. Der Vorstand des GB hat grünes Licht gegeben und die Generalversammlung von Ende Mai das Vorgehen begrüsst. Energiepolitik muss im Kanton Luzern zum Thema werden! Konkret soll der Kanton mit dieser Initiative eine Zielvorgabe erhalten, die ihn verpflichtet, innerhalb eines bestimmten Zeitraums



den Energieverbrauch zu senken und/oder den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch ständig zu erhöhen. Die genaue Formulierung ist jetzt in Abklärung. Ohne dieses Ziel bleibt die Luzerner Energiepolitik Stückwerk und Manövriermasse, die je nach Finanzlage abgewürgt und dann wieder etwas gefördert wird.

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler, Natalie Kamber,
Michael Töngi

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos

Jürg Aebi, u. a.

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 30.– Abo
Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 1/2006, 19. Dezember 2005

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon
**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse

Kursdauer: 2-3 Wochen

Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 28 Jahre

Aktuell: Open English Courses

für das Jahr 2006

Intermediate Kurs

20. Nov.–3. Dez. 2005

Auskünfte und Anmeldungen bei

Lynn Rawlinson

info@english-on-dartmoor.com

Telefon: 0044 1364 73117

Nein zu mehr Sonntagsarbeit Nächste Runde bereits eingeläutet

Louis Schelbert, GB-Grossrat, Luzern

Das Referendum gegen die Ausdehnung der Sonntagsarbeit kam innert kürzester Zeit zustande (über 80'000 Unterschriften). Am 27. November gelangt die Änderung des Arbeitsgesetzes zur Abstimmung.

Wer am Sonntag einkaufen muss, hat heute viele Möglichkeiten: Kioske halten offen, Apotheken, auch Bäckereien und Läden in Bahnhöfen. Das Prinzip ist so: Ich kann eine Zeitung kaufen, aber keinen Zeitungsständer, ein Joghurt, aber keinen Kühlschrank. Daran würde sich auch mit einem Nein am 27. November nichts ändern.

Am 27. November geht es nicht um die Schliessung von Läden für Lebensmittel oder Reisebedarf in Bahnhöfen – auch wenn Befürworter dies wider besseres Wissen behaupten. Das Referendum richtet sich auch nicht gegen notwendige Arbeit am Sonntag (z. B. Spital, öV, Restaurant).



Anspruch auf Sonntagsruhe

Das Referendum bekämpft nur eine Ausdehnung der Sonntagsarbeit: Der Sonntag darf nicht zum Werktag werden. Die Kriterien, die heute die Ladenöffnung am Sonntag begründen, dürfen nicht so aufgeweicht werden, dass sonntags im und um den Bahnhof jedes Produkt verkauft und jede Dienstleistung (Versicherungen, Banken ...) angeboten werden kann.

Dazu kommt: Wird die Sonntagsarbeit ausgedehnt, verliert nicht nur das Verkaufspersonal den Anspruch auf Sonntagsruhe. Diesen Anspruch verlieren dann auch Disponenten, Zulieferer und Transporteure (Verkehr!).

Es geht auch um Geld

Heute stellt Sonntagsarbeit die Ausnahme dar, etwa im Advent. Deshalb gibt es Sonntagszulagen. Für regelmässige Sonntagsarbeit hat das Parlament Zuschläge aber ausdrücklich abgelehnt. Viele, die regelmässig sonntags arbeiten müssen, erhalten schon heute keine Zulage.

GB im Komitee

Im Kanton Luzern hat sich ein breit abgestütztes Komitee «Nein zu mehr Sonntagsarbeit» gebildet. Ihm gehören an die Parteien CSP, EVP, GB, Junge Grüne, Juso, SP sowie diese Organisationen und Verbände: comedia, Geko, KAB Kt. Luzern, Kath. Seelsorgerat Kt. Luzern, Dekanat der Stadt Luzern (acht Pfarreien), LGB, Schweiz. Kath. Frauenbund Kt. Luzern, SEV-APV, Syna, transfair, Unia, vpod.

Die Befürworter der Gesetzesänderung wollen noch viel mehr: Der Ständerat hat eine Motion überwiesen, welche Sonntagsarbeit in Verkaufsgeschäften und im Dienstleistungsbereich unabhängig vom Standort erlauben will – sonst seien andere Geschäfte im Wettbewerb benachteiligt. Die Behörden warten jetzt die Abstimmung vom 27. November ab. Die nächste Runde ist also schon eingeläutet, tatsächlich droht die Aufhebung des generellen Sonntagsarbeitsverbots.

Mit der Änderung des Arbeitsgesetzes könnte das allen blühen: Wird die Ausnahme zur Regel, sind alle Sonntagszuschläge gefährdet. Auch daher muss der Sonntag ein allgemeiner Ruhetag bleiben.

Sozial wichtig

Der arbeitsfreie Sonntag ist eine wichtige Erungenschaft. Er hat seine Bedeutung als Tag der Erholung und Entspannung, der Musse, als Tag für familiäres und soziales Leben. Der Sonntag steht für die Möglichkeit zum freien, spontanen Umgang mit Zeit. Der Sonntag darf nicht zum Werktag werden.



Abstimmungsparole

Änderung des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz)

NEIN

Ja zur Gentechfrei-Initiative

Kein Genfood auf dem Teller

Cécile Bühlmann, GB-Nationalrätin, Luzern

Am 27. November kommt die Gentechfrei-Initiative zur Abstimmung. Sie will ein fünfjähriges Moratorium für die Produktion von Genfood für die Schweizer Landwirtschaft. Die Chancen stehen gut, dass die Initiative angenommen wird, denn eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung will keine gentechnisch veränderten Lebensmittel auf ihrem Teller.

Rekord beim Unterschriftensammeln

Noch nie gab es eine Volksinitiative, die so schnell gesammelt und so breit abgestützt war. Im Initiativkomitee sind NationalrätInnen aus fünf Parteien vertreten, mittlerweile unterstützen 28 Organisationen die Initiative, darunter alle landwirtschaftlichen Organisationen der Schweiz, KonsumentInnen-, Umwelt-, Tierschutz-, Ärzte- und Entwicklungsorganisationen – sowie zuvorderst natürlich die Grünen!

Risiko Genfood

Es ist nicht geklärt, wie sich gentechnisch veränderte Lebensmittel langfristig auf die Gesundheit von Menschen auswirken. Wissenschaft und Forschung brauchen deutlich mehr Zeit, um die Risiken von Genlebensmitteln zuverlässig abzuklären.

Schlecht für die Landwirtschaft

Die Gegnerschaft der Initiative besteht aus dem Bundesrat, den bürgerlichen Parteien, der Economiesuisse und der Internutrition, einem Zusammenschluss von Agro- und Nahrungsmittelmultis wie Syngenta und Nestlé. Sie machen mit der Angst um Arbeitsplätze Stimmung gegen die Initiative. Diese Angst ist jedoch unbegründet, denn die Initiative sichert die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Viele Bauernfamilien setzen seit Jahren auf höchste Qualität ihrer Produktion, was die Ökologie, das Tierwohl und die Gentechfreiheit angeht. Diese hohe Qualität ist ein

Wettbewerbsvorteil für die Schweizer Landwirtschaft, gerade in einem sich öffnenden Markt.

Das weltweit grösste Forschungsinstitut für biologischen Landbau hat seinen Sitz in der Schweiz. Das stärkt den Standort Schweiz! Denn nur eine nachhaltige Landwirtschaft kann unseren langfristigen Nahrungsbedarf decken und unsere Böden sowie die Artenvielfalt erhalten.

Warum wollen die Agromultis die Gentechnik?

Gentechnisch verändertes Saatgut kann patentiert werden, d. h. eine Unternehmung kann die durch Genmanipulation veränderten Pflanze und deren Samen als ihr Eigentum bezeichnen und beim Verkauf Patent- und Lizenzgebühren verlangen. Dies bringt die Landwirtschaft in fatale Abhängigkeit der Agromultis.

Wichtiges Zeichen für Europa

Die Schweiz ist keine Insel in der Frage von gentechfreien Lebensmitteln. Im Gegenteil – fast ganz Europa ist gentechkritisch. Bis heute baut nur Spanien in grösserem Umfang Genlebensmittel an. Der Druck der USA via WTO auf den EU-Markt wächst jedoch gewaltig. In ganz Europa schliessen sich deshalb Landwirtinnen und Landwirte zusammen und erklären sich als gentechfreie Gemeinden. Fast ganz Österreich und Griechenland, der grösste Teil von Polen, Italien, Frankreich und viele Gegenden in Grossbritannien haben sich bereits zu «gentechfreien Regionen» erklärt. Ein Ja der Schweizer Stimmberechtigten zur Gentechfrei-Initiative am 27. November ist darum auch für Europa ein wichtiges Zeichen!



Abstimmungsparole

Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft»

JA

«Reform 06» – ein neuer Tiefpunkt ist erreicht

Einige Tatsachen

Louis Schelbert, GB-Grossrat, Luzern

CVP, FDP und SVP bauen gemeinsam den Kanton Luzern um. Das hat vor allem mit neoliberaler Ideologie zu tun: Abbau staatlicher Leistungen und Steuersenkungen sind ihre Heilmittel. Das ist insbesondere für untere und mittlere Einkommen nachteilig, da gleichzeitig Gebühren und indirekte Steuern steigen. Diese Politik wird seit den 90er Jahren mit zunehmender Unerbittlichkeit und Härte geführt und erreicht mit dem Abbauprogramm «Reform 06» einen neuen Tiefpunkt (Kanti Bero-münster, Spital Wolhusen, Natur-Museum).



Der Kanton hat schon viele Leistungen gestrichen und mehrere hundert Stellen abgebaut, seit den 90er Jahren bis heute für über 300 Mio. Franken (vergleiche Beschluss 43 vom 5. März 2004 und Beschluss 106 vom 23. August 2005). Grosse Opfer musste das Personal erbringen (zeitweilige Lohnkürzung, kein Teuerungsausgleich etc.). 2004 wurden gegen unseren Widerstand etwa die Beiträge an die Förderung alternativer Energien, an die Musikschule und an viele volksnahe Einrichtungen wie das Konsumentenforum gestrichen. Der Unterricht an den Volks- und Mittelschulen wurde um eine Wochenstunde, die Prämienverbilligung massiv gekürzt.

Per 2006 gibt es ein «Leistungs-Verzichtspaket» von 40 Mio. Franken mit dem Abbau weiterer 40 Stellen, der Kürzung der Nachtarbeitszulagen (Pflegepersonal, Polizei) usw. Per 2007 will die Regierung neben «Reform 06» ein zusätzliches Verzichtspaket von 20 Mio. Franken.

Mit den Mitteln werden Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und neue Aufgaben finanziert (z. B. Kantonalisierung der Berufsschulen). Vor allem aber werden Steuern gesenkt (Kanton, ohne Gemeinden):

2001	Steuergesetzrevision	29 Mio.
2002	Steuerfuss 1/20 Einheit	25 Mio.
2003	Steuerfuss 3/20 Einheiten	75 Mio.
2005	Steuergesetzrevision	28 Mio.
Total		157 Mio.



Damit nicht genug. CVP, FDP und SVP haben in der September-Session 2005 Folgendes beschlossen:

2006	Steuerfuss 2/20 Einheiten	50 Mio.
2008	Steuergesetzrevision	50 Mio.
2009	Kalte Progression	30 Mio.
2010	Halbierung Vermögenssteuer	45 Mio.
Total		175 Mio.

Steht die Luzerner Bevölkerung hinter dieser Politik zugunsten der Reichsten und zulasten von «Otto Normalverbraucher»? Wohl kaum!

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



Luzern – zum Leben gern!

Qualität kostet! Steuersenkung – Nein danke!

Im November 2004 hat die bürgerliche Mehrheit des Grossen Stadtrats von Luzern eine Reduktion des Steuerfusses um eine Zehnteleinheit per 2007 durchgesetzt, dies trotz 15 Millionen Franken Steuerausfällen, bedingt durch eine kantonale Steuergesetzrevision. Die Stadt Luzern müsste insgesamt auf jährlich bis zu 30 Millionen Franken verzichten. Damit droht ein Leistungs- und Stellenabbau. Die Fraktion des Grünen Bündnis und der Jungen Grünen hat sich deshalb gefragt, welche Angebote die Stadt Luzern ihren EinwohnerInnen bereitstellen muss, damit Luzern ein soziale, lebenslustige und grüne Stadt wird.

Attraktive Wohn- und Arbeitsquartiere, umgeben von Naherholungsgebieten



Luzern

- betreibt eine aktive Siedlungspolitik und strebt ein den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasstes Angebot von Wohnraum für Familien, alte Menschen, junge Leute in Ausbildung und Menschen mit urbanen Ansprüchen an
- bietet allen EinwohnerInnen Quartiere mit Parks und Plätzen, wo sich die Menschen begegnen können
- ermöglicht Behinderten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und sich insbesondere in der Stadt ungehindert zu bewegen
- setzt eine Umweltpolitik um, welche die Einhaltung der Lärmschutzwerte und der Luftreinhalteverordnung gewährleistet
- hat verkehrsberuhigte Wohnquartiere, setzt bei den Lärmschutzmassnahmen bei den VerursacherInnen an und schafft weitere Tempo-30-Zonen und setzt auch andere Verkehrsberuhigungsmassnahmen um
- schützt die grünen Kuppen (Allenwinden, Biregg, Dietschiberg, Gütsch) vor der Überbauung
- schützt die Allmend als Naherholungsgebiet und koordiniert die Nutzungsansprüche
- führt das Erbe der Offenen Quartierplanung und damit die institutionalisierte Einbindung der Bevölkerung in den Stadtplanungsprozess weiter.

Liegenschafts- und Bodenpolitik

Die Stadt Luzern war in den vergangenen Jahrzehnten sehr zurückhaltend, wenn es um den Kauf von Boden ging. Sie hat sich damit zusätzlichen Einfluss auf die Stadtentwicklung vorenthalten.

Die Stadt Luzern soll eine aktive Boden- und Liegenschaftspolitik betreiben, sei es durch Kauf, Verkauf, Abgabe im Baurecht oder Tausch. Sie soll insbesondere Boden/Liegenschaften nur verkaufen, wenn diese – weder sozialpolitisch, noch städtebaulich – von Bedeutung sind und allenfalls sein werden. Damit die Stadt Luzern ihren städtebaulichen Gestaltungsraum weiterhin ausschöpfen kann, soll sie Liegenschaften allenfalls im Baurecht abtreten.

Die Stadt Luzern darf unter keinen Umständen durch den Verkauf von Liegenschaften Löcher in der Stadtrechnung stopfen.

Qualität kostet! Steuersenkung – Nein danke!

Die Kultur- und Sportstadt



Lucern

- ist und bleibt eine Kulturstadt mit internationaler Ausstrahlung
- erhöht die finanziellen Mittel für den Betrieb der erstellten Kulturbauten wie auch für kulturelle Produktionen, insbesondere ausserhalb des KKL
- garantiert Entwicklungsmöglichkeiten für Kleinkultur
- hält am Kulturkompromiss fest und baut den «Kulturwerkplatz Süd»
- setzt sich grosszügig für den Breitensport und für die Nachwuchsförderung ein
- optimiert die Infrastruktur der Turnhallen und der Freizeitsportanlagen
- hat eine qualitativ hochstehende, für alle zugängliche und bezahlbare Musikschule.

Die Bildungsstadt



Lucern

- hat eine den gesellschaftlichen Bedürfnissen angepasste Volksschule und ein flächendeckendes Angebot an Tagesschulen
- unterhält zu einkommensabhängigen Tarifen ein bedürfnisabdeckendes und vielfältiges Netz von Betreuungsangebot für Vorschul- und Schulkinder (Tagesschulen, Krippen, Horte)
- strebt eine integrative Schule mit kleinen Klassen an, um auch in den Regelklassen Kinder mit speziellen Bedürfnissen fördern zu können
- bietet auf der Sekundarstufe I eine grosse Durchlässigkeit zwischen den Leistungsniveaus
- erneuert die Schulhäuser und Schulhausplätze, so dass Letztere für die Quartiere Begegnungsorte sind und Kinder – sowohl in der Pause wie auch in der Freizeit – sich betätigen können
- wirkt aktiv mit bei der Entwicklung der Universität und der Fachhochschulen.

Bildung ist Ressource – für den Einzelnen wie für die Gesellschaft

Jedes Kind – ungeachtet seiner Herkunft, ungeachtet der sozialen Lage seiner Eltern – hat Anrecht auf eine fundierte und umfassende Bildung. Die bürgerliche Verknappungspolitik in der Stadt Lucerne gefährdet das Angebot in den Volksschulen. Die Erfahrung lehrt, dass bei Sparrunden zuerst die Lohnkosten gekürzt werden sollen. Dies bedeutet: Die Schulklassen werden vergrössert, Zusatz- und Fördermassnahmen werden eingeschränkt oder möglicherweise gar gestrichen.

Qualität kostet! Steuersenkung – Nein danke!

Nachhaltige Mobilität



Lucern

- hat ein attraktives und effizientes Angebot des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), damit die EinwohnerInnen – wenn immer möglich – auf den Motorisierten Individual-Verkehr (MIV) verzichten und sich mit den Angeboten des Umweltverbundes fortbewegen
- fördert den Anschluss an das internationale Zugnetz
- besitzt eine Stadtbahn nach Kriens und verzichtet deshalb auf neue teure Strassenbauten wie Südzubringer und Bypass
- bevorzugt wo immer möglich den ÖV und schränkt den MIV ein
- unterstützt Modelle wie Car-Sharing, die für unvermeidliche MIV-Fahrten gemeinschaftliche Angebote bereitstellen
- hat ein lückenlos zusammenhängendes und sicheres Fuss- und Velowegnetz, das es ermöglicht, die meisten Gänge zu Fuss oder mit dem Velo zurückzulegen
- setzt verkehrsberuhigende Massnahmen um, damit die Innenstadt zu einer fussgänger- und velofahrenerfreundlichen Einkauf- und Flanierzone wird.

Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen



Luzern

- betreibt eine Politik der Nachhaltigkeit, die gemäss der neuen Bundesverfassung von 1999, «ein auf die Dauer ausgewogenes Verhältnis zwischen Natur und ihrer Erneuerungsfähigkeit einerseits und ihrer Beanspruchung durch den Menschen andererseits» anstrebt
- schöpft den Energiefonds aus und informiert offensiv über energiesparende Angebote und Möglichkeiten
- baut das Ökoforum als Informations- und Vermittlungsstelle aus
- setzt in der Stadtverwaltung hohe Ökostandards um, sei es beim Bauen, beim Energieverbrauch oder beim Einsatz von Fahrzeugen
- beschliesst Massnahmen, um die Luftreinhalteverordnung einzuhalten
- beschliesst Anreize, um die Abfallmenge zu reduzieren.

Integration aller Einheimischen, mit oder ohne Schweizer Pass



Luzern

- betreibt gute Beratungsangebote und offene Quartierprojekte und strebt eine vernetzte Stadtpolitik an, mit dem Ziel, alle sozialen Schichten integrativ zu stärken und zu unterstützen
- betreibt eine partizipative Integrationspolitik, u. a. durch Projekte und Aktionen, welche die Netze zwischen den Generationen, MigrantInnen, NeuzuzügerInnen und bereits Ansässigen, Einzelnen und Familien knüpfen und aufrechterhalten
- fördert in der Schule wie auch in der Gesamtbevölkerung Präventionsprojekte gegen Gewalt und Rassismus
- erledigt Einbürgerungsgesuche von Einheimischen ohne Schweizer Pass innerhalb eines Jahres.

Soziale Angebote



Luzern

- beschliesst Massnahmen und Programme, welche die Selbständigkeit von Erwerbslosen, Working-Poor und von Armut betroffenen Menschen fördern und sie bei der Durchsetzung ihrer gesellschaftlichen Rechte unterstützen
- unterhält Spitex- und Haushilfsdienste, die Betagten und kranken Menschen so lange wie möglich ein unabhängiges Leben ermöglichen
- führt Zentren, wo Betagte Unterkunft und Betreuung und ein spezialisiertes Angebot für ihre Lebenssituation erhalten
- führt die Suchtpolitik des Bundes der vier Säulen (Prävention, Therapie/Reintegration, Schadensbegrenzung/Überlebenshilfe, Repression) auf kommunaler Ebene konsequent weiter
- bietet Beratungsstellen, bei denen Familien – Eltern, Jugendliche und Kinder – kompetente Beratung finden.

Luzern – zum Leben gern!

Qualität kostet! Steuersenkung – Nein danke!

Impressum

Text: Grossstadtratsfraktion Grünes Bündnis/Junge Grüne Luzern; Fotos: Jürg Aebi, Luzern; Gestaltung: Urs Arnold, Gegendruck GmbH, Luzern; Mitte Oktober 2005

Soziale Arbeitgeberin



Luzern

- regelt mit den Personalverbänden und Gewerkschaften die sozialpartnerschaftlichen Richtlinien und verzichtet darauf, in den kommenden Jahren vom Personal weiteren Lohnverzicht zu fordern
- bietet in allen städtischen Direktionen Lehr- und Praktikumsstellen an
- fördert auf allen Funktionsebenen – auch bei Kaderpositionen – Teilzeitstellen und die Gleichstellung der Geschlechter
- fördert die fachliche und persönliche Entwicklung der Mitarbeitenden und bietet entsprechende Weiterbildung an
- bietet gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen, die die Motivation der Mitarbeitenden stärken und Burnout-Symptomen vorbeugen.

Lohnabhängige haben bereits genug geblutet!

Die Lohnabhängigen der Stadt Luzern mussten bereits 2004 einen Reallohn-Verlust hinnehmen, indem ihnen (ein vorher zugesicherter) Teuerungsausgleich vorenthalten wurde. Nun werden sie im Jahr 2006 nochmals zur Kasse gebeten, indem die Stadt nur eine generelle Lohnerhöhung von einem halben Prozent gewährt und dazu ein halbes Prozent der Lohnsumme für individuelle Lohnerhöhungen zur Verfügung hält. Die städtischen Lohnabhängigen haben damit ihren Teil zur Sanierung der Stadtfinanzen bereits beigetragen.

Qualität kostet! Steuersenkung – Nein danke!

Die Wirtschaftsstadt



Luzern

- fördert einen qualitativen und wertschöpfungsintensiven Tourismus
- engagiert sich im Kongresswesen und setzt sich bei den Veranstaltern dafür ein, dass die Mehrzahl der KongressteilnehmerInnen mit dem ÖV nach Luzern reisen
- unterstützt Unternehmen durch die beförderliche Erledigung von Gesuchen und Bewilligungen, bei Einhaltung sozialpartnerschaftlicher und umweltschutzrechtlicher Vorgaben
- betreibt eine räumliche Stadtentwicklung, welche die Anliegen der Kleingewerbes und des Detailhandels einschliesst
- unterstützt Gewerkschaften und Berufsverbände bei der Durchsetzung ihrer Forderungen, insbesondere in den Niedrig-Lohn-Branchen (z. B. Gastgewerbe und Tourismus)
- betreibt eine Finanzpolitik, die Steuerharmonisierung statt Steuerwettbewerb anstrebt und die Entschuldung vor Steuersenkungen setzt
- erhebt für Dienstleistungen des täglichen Lebens (Ausweise etc.) sozial verträgliche Gebühren.

Die Stadt Luzern hat auf dem Weg zu einer sozialen, lebenslustigen und grünen Stadt bereits einiges erreicht. Doch noch ist vieles zu tun. Die bürgerliche Verknappungspolitik gefährdet das Erreichte und macht den erstrebenswerten Ausbau unmöglich. Denn eines ist sicher: Der gesellschaftliche Reichtum wie auch die wirtschaftliche Wertschöpfung sind auch in der Stadt Luzern vorhanden.

Luzern – zum Leben gern!

Qualität kostet! Steuersenkung – Nein danke!

Glosse Glosse Glosse Glosse Glosse Glosse Glosse
Die Fenster waren schon längst zu Schiessscharten
verkleinert worden und die Eingänge mit Mobiliar
verrammelt. In den Zimmern wurde eifrig gewerkt,
Stethoskope in Wurfgeschleudern verwandelt, Infusions-
beutel mit heissem Teer gefüllt, die Eisenrohre der Bet-
ten zu Blasrohren umgebogen und die Spritzen mit
Munition gefüllt.

Millau-Punkte erhalten, weshalb die ganze Truppe der
Angreifer aufs Znacht verzichtete (vorbildliche Sparer!).
Pfister fluchte, weil aus seinem Tornister Beton ausgelaufen
war und seinen Armani-Anzug befleckt hatte.

Dem dürren Ritter Markus aus dem Malteser Orden
ging es noch dreckiger: Er ging beim Versuch, als Fahnen-
flüchtiger die Seite zu wechseln, nach Spritzen- und Beton-
beschuss zu Boden und fragte sich bitter, ob so ein blödes

Kampfplatz Wolhusen

Am Kampfplatz Wolhusen wurden Tai-Chi und Chi-
Gong durch Bodenständigeres ersetzt: Oberärzte wie Pflie-
gefachfrauen übten mit Skalpell und Krücken den Nah-
kampf. Sie wurden nicht gestört: Kein Wimmern der eva-
kuierten PatientInnen drang mehr aus dem Keller – dank
höheren Morphiumdosen. Das Spital Wolhusen war zur
regionalen Festung ausgebaut worden. Obercondottiere
Tamian Meyer bellte durch die Räume und sprach allen,
die ihn hören wollten oder auch nicht, Lobpreisungen auf
eine starke Regionalpolitik zu.

Draussen im Lager der Angreifer liefen die Betonmischer
unaufhörlich, der monotone Ton sollte das lokale Gewerbe
in Trance versetzen und auf die Seite der Angreifer ziehen.
Inzwischen heckte das doppelte Bühlmännchen aus Em-
menbrücke die neuste Strangulation der kantonalen Finan-
zen aus: Wolhusen war nur eine Zwischenetappe, als
Nächstes sollte die verhasste Stadt geschlossen und später
der Sempachersee abgelassen und zu einer regionalen
Jauchegrube umgebaut werden. Im Anschluss planten Lo-
lek und Bolek, wie sie auch genannt werden, einen Umbau
der kantonalen Verwaltung in die Bühlmann Holding AG.

Ansonsten war die Stimmung mässig: Kein einziges
Restaurant in der Umgebung hatte mehr als 17 Gault-

Regionalspital tatsächlich einen nationalen Politiker seiner
Grösse zu Fall bringen könnte. Nur Hauptmann Dammian
Meyer rührte ungeachtet weiter durch das Feldlager und
versprach allen die baldige Wiederkehr des finanzpoliti-
schen Paradieses auf dem schönen Fleckchen Erde namens
Luzern. Nur kurz war er irritiert, als er sein Spiegelbild in
einer Schiessscharte des Spitals auftauchen sah. Glückli-
cherweise war ihm der Begriff Schizophrenie nicht geläu-
fig.

In der Zwischenzeit hatte sich ein Heer von tapferen
Landfrauen und rührigen Gemeinderäten aus dem Entle-
buch auf den Weg gemacht, um dem bedrohten Spital zu
Hilfe zu kommen. Um die Angreifer zu überraschen, nah-
men sie den Weg über die Rengg, durchs Eigenthal nach
Kriens. Wo sie überraschenderweise am Freitagabend
eine Bar vorfanden, in der sie sich erfrischen konnten. Dort
blieben sie länger als geplant – der Caipirinha bot mit
seinem Vitamin C eine gute Gesundheitsvorsorge für die
kommende spitallose Zeit.

(Die Bar jeder Vernunft findet immer am ersten Freitag
jeden Monats im Ambrosia in Kriens statt.)

Glosse Glosse Glosse Glosse Glosse Glosse Glosse



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGLIGASSE 2
CH - 6004 LUZERN
TEL. 041 - 412 02 90

Vizepräsidium Grosser Stadtrat 2005/06

Gratulation!

Christa Stocker, Grossstadträtin, Luzern

Wie jedes Jahr hat sich der Grosse Stadtrat nach den Sommerferien neu konstituiert. Neu gewählt werden jeweils das Präsidium und das Vizepräsidium, wobei die Vizepräsidentin jeweils ein Jahr später zur Wahl als Präsidentin antritt.

Die GB-Fraktion hat für das Vizepräsidium des Stadtparlaments einstimmig Cony Grünenfelder vorgeschlagen:

– Cony Grünenfelder ist seit neun Jahren im Stadtparlament und hat sich in diesen Jahren als engagierte und faire Politikerin mit viel Sachverstand und einem gutem politischen Gespür profiliert.

– Konstruktive Auseinandersetzungen und lustvolles Politisieren liegen Cony Grünenfelder sehr am Herzen – genauso wie eine Stadt im Gleichgewicht, eine Stadt, die sozialpolitische, ökologische, städtebauliche, kulturelle und finanzpolitische Fragen möglichst gleichwertig beurteilt.

– Im persönlichen Kontakt ist Cony eine integrative, gradlinige Persönlichkeit mit grosser Sozialkompetenz.

Der Grosse Stadtrat hat am 1. September 2005 Cony Grünenfelder mit einem guten Resultat zur Vizepräsidentin 2005/06 gewählt. Wir freuen uns mit Cony über diese Wahl.



ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23
6003 Luzern
Tel 041 210 64 41
Mo-Fr 6.30 - 20.00
Sa 7.00 - 18.00
So 9.00 - ca. 17.00

MV

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Roland Neyerlin ist neuer Präsident der Schulpflege

Spagat zwischen Sparen und Reformen

Heinz Bäbler, RundBrief-Redaktion, Luzern

Die Bildungsdebatte der nächsten Jahre wird nicht nur von der Verteidigung des Erreichten und von Schulreformen geprägt, sondern auch vom Sparen. Roland Neyerlin, der neue Präsident der städtischen Schulpflege, äussert sich zu den wichtigsten Fragen, mit denen sich die Luzerner Volksschulen in den nächsten Jahren auseinandersetzen müssen. Heinz Bäbler führte das Gespräch.

Die Luzerner Stadtschulen haben neue Führungsstrukturen. Dies zum zweiten Male innerhalb kurzer Zeit. Denkst du, dass mit dem neuen Führungsmodell eine praktikable Lösung gefunden wurde?

Roland Neyerlin: Die neuen Führungsstrukturen sind breit abgestützt, d. h. alle wichtigen Leute, die an unseren Schulen mitarbeiten, waren am Diskussions- und Entscheidungsprozess beteiligt. Wir haben versucht, Strukturen nicht nur um Personen herumzubauen, sondern Führungsgrundsätze, Funktionen und Aufgaben strukturell abzubilden. Die Inhalte haben die Strukturen bestimmt.



Wir haben die Strukturen vereinfacht und die Funktionen konsequent nach dem Grundsatz «Dezentralisierung der Kompetenzen» verteilt. Die dritte Führungsstufe der Prorektorate wurde gestrichen, und die Schulleitungen wurden endlich mit vernünftigen «Führungspensen» ausgestattet. Wir haben jetzt klare Aufgabenzuteilungen und Führungsgrundsätze. Die strategische und die operative Ebene wurden sauber geklärt. Schulsekretariat, Schulentwicklung, Schulische Dienste sind neu als Dienstleistung zur Unterstützung der Schulleitungen und Schulhäuser gedacht.

Jetzt hat die Konsolidierungsphase begonnen, die von einer externen Fachperson begleitet wird. Wir dürfen nicht nochmals scheitern! Ich bin überzeugt, dass wir optimale Voraussetzungen für ein Gelingen geschaffen haben.

In der Öffentlichkeit hören wir nicht sehr viel von der Schulpflege.

Zu Beginn der verkleinerten Schulpflege waren wir stark auf uns selbst konzentriert. Wir mussten ohne Vorbilder definieren, wie strategische Führung zu gestalten sei. Heute sind wir ein handlungsfähiges Gremium (zu vergleichen mit einem Verwaltungsrat), das die Entwicklung der Luzerner Stadtschulen strategisch führt und weiterentwickelt.

Wir wollen vor allem eine gestalterische Wirkung entfalten. Beispielsweise ist die Ausgestaltung des Tagesschul-Pilotversuchs auf das Engagement der Schulpflege zurückzuführen. Wichtig scheint mir, dass wir vermehrt öffentliche Debatten über wichtige Bildungsfragen lancieren oder uns in die Diskussionen einschalten. Was bedeuten die neusten Erkenntnisse der Hirnphysiologie für die Schule? Welche Rolle spielen Klassengrössen? Was heisst Sparen und was nicht? Was heisst Elternmitwirkung? Solche Fragen werden uns zu beschäftigen haben.

Du hast damit wichtige Themen erwähnt, die die Bildungsdebatte in den nächsten Jahren prägen werden. Ich denke, dass auch innerhalb des GB solche Fragen intensiver diskutiert werden müssten. Zum Schluss: Welche Perspektiven siehst du für die Schulpflege?

In drei Jahren muss über die weitere Zukunft der Schulpflege entschieden worden sein, weil eine entsprechende Motion der FDP vorliegt. Zur Diskussion stehen verschiedene Varianten, die zum Teil noch nicht einmal rechtlich definitiv abgeklärt sind. Mögliche Varianten wäre die Abschaffung der Schulpflege und die Einrichtung einer ständigen parlamentarischen Kommission oder eine Schulpflege wie bisher. Entscheidend für mich ist, dass wir eine gute Debatte über die verschiedenen Varianten führen können. Natürlich brauchen wir auch innerhalb des GB eine Position dazu.



Friedensrichterwahl in Kriens

«Friedensarbeit im Kleinen»

Natalie Kamber, GB-Sekretärin, Luzern

Am 27. November 2005 wird in Kriens der/die neue Friedensrichter/-in gewählt. Für dieses Amt gibt es vier Kandidaten und eine Kandidatin. Es kandidieren SP, FDP, SVP, ein Parteiloser sowie Claudia Zihlmann vom GB. Claudia Zihlmann wurde vom Vorstand des GB Kriens einstimmig und mit grosser Freude allerseits nominiert. Wir haben ihr vier Fragen zu ihrer Kandidatur gestellt.

Natalie Kamber: *Welche Beziehung hast du zur Politik und zu den Parteien? Bist du in einer politischen Familie aufgewachsen?*



Claudia Zihlmann: Zwar bin ich in einer politischen Familie aufgewachsen, Frauenpolitik beschränkte sich aber damals darauf, dass wir Kinder dem Mami helfen durften, an freien Mittwochnachmittagen Wahl- und Abstimmungspropaganda in Couverts zu verpacken. Gesellschaftspolitische und soziale Themen waren allerdings immer Gesprächsstoff am Familientisch und haben auch mich immer interessiert – im Gegensatz zu parteipolitischen Themen im engeren Sinne. Später spielten Fragen rund um die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Emanzipation der Frauen und zunehmend auch ökologische Themen in unseren Familiengesprächen eine grosse Rolle. Wirklich politisiert hat mich die Mutterschaft – dieser Schritt in ein anderes Leben, wie es Beck-Gernsheim nennt. Die Mischung von sozialen Themen, Frauenpolitik und ökologischen Anliegen haben mich schliesslich zum GB geführt.

Wie sieht dein beruflicher Werdegang aus?

Eine richtige Patchwork-Biografie! Ich bin Primarlehrerin auf Papier, Erwachsenenbildnerin AEB, ich habe einige Semester Anglistik studiert und ein Nachdiplomstudium in Sozialer Arbeit absolviert. Seit bald vierzehn Jahren arbeite ich in einem Hilfswerk, davon lange Zeit im Bereich Asylverfahren, wo ich mein Interesse für juristische Fragen entdeckt habe, und jetzt in der Personalabteilung, wo ich für Personalentwicklung und Genderfragen zuständig bin. Neben diesem 60 %-Pensum bin ich als Familienfrau aktiv mit zwei Töchtern sowie Haus und Garten.

Worin besteht deine Motivation, für das Friedensrichteramt zu kandidieren?

Mich interessiert die Kombination von juristischen Fragen und der Aufgabe, zwischen zwei Parteien zu vermitteln. Ich habe beruflich und familiär grosse Erfahrung im Umgang mit verschiedenen Interessen, mit Konflikten, und ich leiste jeden Tag etwas «Friedensarbeit» im Kleinen. Das kann ich gut und das tue ich auch sehr gerne.



Was ist die Hauptaufgabe einer Friedensrichterin, und was interessiert dich an diesem Amt?

Bevor es zu einem Zivilprozess kommt, muss ein Versöhnungsversuch vor dem/der Friedensrichter/-in stattfinden. Mit diesem Versöhnungsversuch wird eine Einigung zwischen den Parteien angestrebt, um Prozesse zu verhindern, die vermeidbar sind. Also auch hier: Friedensarbeit im Kleinen.

Claudia Zihlmann, vielen Dank für das Interview.

Wahl der Bürgerrechtskommission

GB kandidiert mit Christina Reusser

Roni Vonmoos, Präsident GB-Ortsgruppe Ebikon, Ebikon

Seit langem bürgert Ebikon ausländische BewerberInnen an der Gemeindeversammlung ein. Die Gesuche werden von einer Kommission vorabgeklärt. Das lief lange Jahre ohne Probleme. Seit einigen Jahren gibt es mehr Gesuche, als an den Gemeindeversammlungen erledigt werden können. Deshalb und auch, weil Einbürgerungen durch die StimmbürgerInnen nicht ohne Probleme sind, hat die Gemeinde eine Bürgerrechtskommission, die die Gesuche beurteilt und darüber entscheidet, vorgeschlagen. Alle Parteien haben ein Ja empfohlen. Die StimmbürgerInnen folgten der Empfehlung letzten September. Die Mitglieder der Kommission werden am 27. November dieses Jahres gewählt.

Unsere Kandidatin

Christina Reusser (31) kandidiert für das GB. Sie lebt seit 2 1/2 Jahren mit ihrem Partner in Ebikon und ist Fachfrau für medizinisch technische Radio-Onkologie und dipl. Sozialarbeiterin HFS. In ihrem Beruf als Sozialarbeiterin, in einem gemeindlichen Sozialdienst, berät sie täglich ratsuchende Menschen in vielfältigen Lebenssituationen und führt im Auftrag der Fürsorge- und Vormundschaftsbehörde Abklärungen durch. Sie sagt selbst von sich: «Ich bin motiviert, meine Fähigkeiten bei der Mitarbeit in der Bürgerrechtskommission einzubringen. Menschen begegne ich mit einer positiven Grundhaltung, Respekt, wachem Verstand und bin interessiert daran, diese Haltung in den Entscheidungsprozess der Kommission einfließen zu lassen.»



SVP macht beim freiwilligen Proporz nicht mit

Die Präsidentin der CVP Ebikon versuchte im Gespräch mit den VertreterInnen aller Parteien, einen freiwilligen Proporz auszuhandeln. Ihr Vorschlag sah einen Sitz für das GB vor (obwohl wir rein rechnerisch nur Anspruch auf etwa einen halben Sitz hätten). Die SVP macht bei diesem Vorschlag nicht mit und präsentiert drei Kandidaten (der rechnerische Anspruch der SVP beträgt zweieinhalb Sitze). Somit findet Ende November eine Volkswahl an der Urne statt. Unsere Kandidatin, Christina Reusser, erscheint auf der gemeinsamen Liste von CVP, SP, FDP und GB.



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsofen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ
Bau und Energie

BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

Sport- und Familienfest vom 28. August 2005

Ein Turnier der Rekorde

Philipp Federer, OK-Mitglied, Luzern

Das diesjährige Fest war geprägt von Rekor- den: Noch nie haben so viele Teams teilge- nommen – 24! Zum ersten Mal gab es eine eigene Kategorie «Gemischte Teams». Rekord auch die zwölf Hauttapesbehandlungen, die unser Samariter vornehmen musste. Und schliesslich blieben dieses Jahr keinerlei Es- sensresten, alles Essbare wurde verspiest.

Volleyballflash

Ohne Judith schafften es die «Läbige Bröch- lernInnen» auch dieses Jahr zum Turniersieg, und zwar mit jungen Neuzuzügen. Der Name des Teams stimmte eigentlich nicht, denn Judith spielte in der entscheidenden Phase eine wichtige Rolle als Coach an der Seiten- linie. Über einen weiteren unlauteren Na- men beklagte sich Emmen – die Zweitplat- zierten «Unverbesserlichen 2» hätten ihnen ihren Namen abgekupfert. Tja, das Emmer Team hatte sich früher mehrmals «Die Unverbesserlichen» genannt. Dieses Jahr wollten sie zu Höherem ansetzen und – schwups! – war ihr alter Name weg.



Fussballflash

Unser langjähriger Sepp Blatter (alias Nino der Fröhliche) war dieses Jahr in den Ferien. Kuno Kälin sprang ein und musste gleich ein Grossturnier managen. Dies gelang trotz vie- len Nachmeldungen sehr zufriedenstellend. Die alten Fussballhasen waren dieses Jahr sehr bedrängt. Dennoch schafften es «Meyer2» un- ter Adrian Albisser knapp vor ganz jungen Teams wie die zweitplatzierten «Dynamo Guggi» von Jan Fischer. Bei den gemischten Teams gewann «Guggelistorz» knapp vor dem Team «Höibörtsu».

Danke!

Wir danken allen HelferInnen. Besonders er- wähen möchten wir Urs (Küche), Regula (Bewirtung), Bruno (Samariterdienst), den beiden Turnierleitern Kuno und Philipp, dem Fahrer Christoph und dem Logistiker Peter. Herzlichen Dank auch den Restaurants- sponsoren **Weinstube Storchen, La Perla, Helvetia, Neustadt und Masala**. Sie ermög- lichen uns immer wieder tolle Turnierpreise.

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen



Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyl- lisch gelegen an der autofreien Rigi-Süd- seite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwa- ser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Voll- wert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen be- quem erreichbar.

Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.

Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch



stattkino

ab 3. November
DARWIN'S NIGHTMARE
von Hubert Sauper

ab 13. November
OPERNFIEBER
von Katharina Rupp

ab 24. November
19
von Kazushi Watanabe

ab 1. Dezember
GESPENSTER
von Christian Petzold

ab 15. Dezember
L'ENFANT ENDORMI
von Yasmine Kassari

ab 29. Dezember
MYSTERIOUS SKIN
von Gregg Araki

ab 8. Januar 06
PIZZET von Ivo Zen

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm • www.stattkino.ch

Gewusst? Zora Schelbert spielt lieber Fussball gegen Männer als gegen Frauen. Der Turnierplan am GB-Fest wurde extra nochmals überarbeitet.

Gewusst? Es gibt LuzernerInnen, die hätten lieber einen Wassersauger als einen Wasserwerfer! Die SP überlegt sich diesbezüglich einen Wiedererwägungsvorstoss, weil sie meint, der Wasserwerfer sei invers brauchbar.

Gewusst? Bedrohung 1: Die gross angekündigte Luftshow in Emmen musste infolge Hochwasser abgesagt werden. Die Bedrohung kommt nicht mehr aus dem Osten, sondern aus dem Westen und ist schrecklich nass.

Gewusst? Bedrohung 2: Dass die Teilschliessung des Zivilschutzbunkers Sonnenberg etwa 5 Millionen kostet, die Stadt Luzern aber keine orangen Gummiwürste gegen das Hochwasser besitzt.

Gewusst? Berlusconi zieht als Berater in die kantonale Verwaltung ein. Oder sind das nur Verhältnisse à la Berlusconi? Alle Steuererlassgesuche dürfen zukünftig beim Bruder des Bühlmanns direkt eingereicht werden. **Verünstigungen gibt es erst ab Steuerrechnungen über 300'000 Franken.**

Gewusst? Medienmitteilung vom 20.9.05 der SVP Kanton zur «Reform 06». Die schönsten Zitate daraus: «Viele Positionen und Grundgedanken der SVP wurden in der Reform 06 aufgenommen.» – «Also doch, auch wenn Einzelne jetzt meinen, sie möchten dies oder das nicht schliessen!» Aber: «Mit Befremden haben wir festgestellt, dass der Regierungsrat **mögliche Privatisierungen** nicht gründlich genug geprüft hat.»

Rundbrief

Agenda

November

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Mo 07.	19.30	Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat
Mo 14.	19.30	Städtischer Vorstand , GB-Sekretariat
Mo 21.	19.00	Mitgliederversammlung (Energie-Initiative), Ort noch unbekannt
Di 22.	20.00	Grüner Tisch , Zentrum Teufmatt, Adligenswil
So 27		Abstimmungssonntag
Mo 28.	19.30	Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat

Dezember

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
Do 01.	18.00	DankBar , Barfüessler-Cafeteria, Luzern
Mo 12.	19.30	Städtischer Vorstand , GB-Sekretariat
Mo 19.	19.30	Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat

Rundbrief

Cartoon

